

PRESSEDIENST

Nr. pmf1896
Datum: 19.05.2010



Pressestelle

Claudia Beck

Fraktionsgeschäftsführerin
Pressesprecherin
Franz-Josef-Röder Str. 7
66119 Saarbrücken
Telefon: 0681/5002 509
Mobil: 0171/47 57 934
c.beck@landtag-saar.de

Plenarsitzung des saarländischen Landtags am 19. Mai 2010

Am 19. Mai 2010 tritt der saarländische Landtag zu seiner 10. Plenarsitzung zusammen.

Anbei erhalten Sie einen Überblick über die Anträge und das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in einigen wichtigen Punkten

TOP 1: Wahl des/der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

Redebeitrag: Markus Schmitt

Datensicherheit ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für den Datenschutz der Zukunft. Die Grünen wollen deshalb den Bürgerinnen und Bürgern die Kontrolle über ihre Daten zurückgeben und sie zur informationellen Selbstbestimmung ermutigen. Um Verstöße wie Fälle von Datendiebstahl schneller und angemessener zu ahnden, bedarf es einer starken und unabhängigen Datenschutzaufsicht, auch im Saarland. Die Grünen-Fraktion hält die Einrichtung eines unabhängigen Datenschutzzentrums, wie im Koalitionsvertrag festgelegt, für unabdingbar.

Die Grünen-Fraktion unterstützt die Wahl von Judith Thieser zur Landesbeauftragten für Daten-schutz und Informationsfreiheit

TOP 2: Wahlprüfungsgesetz

Redebeitrag: Claudia Willger-Lambert

Mit dem Gesetzentwurf wird die Rechtsgrundlage für Entscheidungen über die Gültigkeit einer angefochtenen Landtagswahl geschaffen. Das Landtagswahlgesetz enthält hier bisher nur wenige Rahmenvorschriften. Mit dem Wahlprüfungsgesetz wird nunmehr das Verfahren genau festgelegt.

Zustimmung zum Gesetzentwurf von CDU-, SPD-, FDP- und Grünen-Landtagsfraktion

TOP 5: Studiengebühren

Redebeitrag: Hubert Ulrich

Zum Sommersemester 2010 wurden die allgemeinen Studiengebühren abgeschafft. Studierende müssen daher im Saarland grundsätzlich keine Studiengebühren mehr zahlen. Nach diesem Gesetzentwurf soll es den Hochschulen zukünftig lediglich frei gestellt werden, Gebühren für ein Langzeit- und/oder Zweit-Studium zu erheben. Ob die Hochschulen diese Gebühren erheben, steht in ihrem eigenen Ermessen. Falls Hochschulen diese Studiengebühren einführen, ist die Gebührenhöhe nach oben auf 400 Euro pro Semester begrenzt. Ein Langzeitstudium liegt nach dem Gesetzentwurf erst vor, wenn die Regelstudienzeit um mehr als vier Semester überschritten wird. Im Falle eines Studiengangwechsels bleiben weitere zwei Semester zur Korrektur von Fehlentscheidungen gebührenfrei. Ebenfalls gebührenfrei bleiben das Promotionsstudium, sowie das künstlerische Aufbau- und Vertiefungsstudium. Außerdem sieht der Gesetzentwurf umfassende Härtefälle vor, in denen auf die Erhebung von Studiengebühren zu verzichten ist.

Die Grünen stimmen dem Gesetzentwurf zu.

TOP 7: Normenkontrollklage gegen ZDF-Staatsvertrag

Redebeitrag: Claudia Willger-Lambert

Die Grünen-Landtagsfraktion begrüßt das Ziel von mehr Staatsferne im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Mit dem Antrag soll das Land verpflichtet werden, der Normenkontrollklage des Landes Rheinland-Pfalz beizutreten. Diese Normenkontrollklage greift sich nur einzelne Regelungen des ZDF-Staatsvertrages heraus. Die Normenkontrollklage der Grünen-Bundestagsfraktion geht weit über diese Klage hinaus und prüft den gesamten ZDF-Staatsvertrag auf potenzielle Gefährdung der Staatsferne. Die Klage von Rheinland-Pfalz möchte lediglich Vertreterinnen und Vertreter des Bundes aus dem Verwaltungsrat entfernen und im Fernsehrat auf eine Person verringern und ebenso die Anzahl der Parteienvertreterinnen und -vertreter reduzieren. Das Ergebnis dieser Klage wären nur kosmetische Änderungen, deshalb ist der Antrag abzulehnen.

Die Grünen lehnen den SPD-Antrag ab.

TOP 8: Zukunft der Polizei im Saarland

Redebeitrag: Claudia Willger-Lambert

Die Grünen-Fraktion setzt sich für eine starke und bürgernahe Polizei ein. Die Polizei ist ein Eckfeiler der Sicherheit in unserem Land. Sie hat eine wichtige Schutzfunktion. Sie hat gleichermaßen Kriminalität wirksam zu bekämpfen wie Bürgerrechte zu wahren. Die saarländische Polizei muss für die kommenden Jahre Planungs- und Entwicklungssicherheit erhalten. Hierfür ist die Organisationsstruktur der Polizei fortzuentwickeln. In diesen Prozess muss auch die Polizei selber eingebunden werden. Wichtiges Ziel ist es, die Polizeipräsenz in der Fläche zu erhalten und das Personal bedarfsorientiert in den Dienststellen einzusetzen. Um ihre wichtigen Aufgaben erfüllen zu können, muss die Polizei angemessen ausgestattet werden.

Die Grünen stimmen dem gemeinsamen Antrag von Grünen-, CDU-, FDP-Landtagsfraktion zu.

TOP 9: Haushaltssperre für Marktanzreizprogramm aufheben

Redebeitrag: Hubert Ulrich

Auf Initiative der Grünen-Landtagsfraktion wird mit dem Antrag die Bundesregierung aufgefordert, die Haushaltssperre für Marktanzreizprogramme zur Förderung Erneuerbarer Energien in Höhe von 115 Millionen Euro aufzuheben. Gefördert werden u.a. Solarkollektoren, Biomasseheizungen, kleine Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, Wärmepumpen und kommunale Klimaschutzprojekte. Schon der ursprüngliche Ansatz liegt unter dem Betrag, der 2009 nachgefragt und bewilligt worden ist (374,3 Mio. Euro). Durch die umfangreiche Bindung der Mittel aus dem Vorjahr bedeutet die Sperre faktisch einen Förderstopp für 2010. Unter diesem Förderstopp leiden vor allem das lokale Handwerk und der Mittelstand, der von diesen Förderprogrammen profitiert hat. Die Grünen-Fraktion begrüßt, dass sich an ihrer Initiative inzwischen alle Landtagsfraktionen beteiligen.

Die Grünen stimmen dem gemeinsamen Antrag aller Landtagsfraktionen zu.

TOP 10: Opfer von sexualisierter Gewalt schützen

Redebeitrag: Claudia Willger-Lambert

Auf Initiative der Grünen-Landtagsfraktion befasst sich der Landtag mit den Fällen von sexuellem

Missbrauch an Kindern und Jugendlichen, begangen durch Vertrauenspersonen unter dem Dach von Schulen, Kirchen und anderen Betreuungseinrichtungen. Der Landtag fordert die Aufklärung durch unabhängige Dritte und die Unterstützung aller Verantwortlichen und betroffenen Institutionen. Er erwartet dabei die Unterstützung aller Verantwortlichen der betroffenen Einrichtungen und duldet keine rechtsfreien Räume. Der Landtag erwartet, dass keine Personen, die unzweifelhaft des Kindesmissbrauchs überführt sind, in der Arbeit mit Kindern eingesetzt werden. Daher bei der Auswahl besonders sorgfältig vorgehen. Über besondere Bewerbungsverfahren nachdenken. Der Landtag setzt sich für eine Förderung einer Kultur des Hinsehens und Hinhörens ein

Die Grünen stimmen dem gemeinsamen Antrag aller Landtagsfraktionen zu.

TOP 11: UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen umsetzen

Redebeitrag: Claudia Willger-Lambert

Menschen mit Behinderungen sollen sich in einem barrierefreien Lebensraum und Wohnumfeld frei und selbstbestimmt entfalten können, um ihr Leben in einem höchstmöglichen Maß selbst zu gestalten und nur dort Hilfe in Anspruch nehmen müssen, wo es ihre Situation nicht anders zulässt. Leitbild ist eine inklusive Gesellschaft, in der alle Bürgerinnen und Bürger selbstbestimmt leben können. Behinderten Menschen sollen daher mehr Teilhabemöglichkeiten geboten werden. Dies gilt für den Bereich der Bildung, aber auch für den Arbeitsmarkt. Für Menschen mit Behinderungen gibt es zwar schon heute viele Instrumente, zum Beispiel Hilfsmittel zur barrierefreien Gestaltung des Arbeitsplatzes oder helfende Assistenten, die den Wunscharbeitsplatz möglich machen. Trotzdem ist die derzeitige Situation am Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen schwierig, Menschen mit Behinderungen weisen eine deutlich höhere Arbeitslosenquote als der Durchschnitt der Bevölkerung auf. Die UN-Behindertenkonvention stellt in Zukunft hohe Anforderungen und erzwingt eine konsequente Anwendung der vorhandenen Fördermöglichkeiten sowie eine Umgestaltung der Arbeitsmarktpolitik für behinderte Menschen.

Die Grünen stimmen dem gemeinsamen Antrag von CDU-, FDP- und Grünen-Landtagsfraktion zu.